

PERSPEKTIVEN AUF CORONA (I)

WELCHE ERKENNTNIS IST AUS PERSPEKTIVE IHRER DISZIPLIN DIE RELEVANTESTE; WAS HAT SIE AM MEISTEN ÜBERRASCHT?

≡ Jutta Allmendinger, Soziologie

Was mich überrascht hat, war unsere Überraschung über die Folgen. Denn es war abzusehen, dass mit Homeschooling und Homeoffice Frauen in besonders starker Weise von der Pandemie betroffen sein würden. Es war auch abzusehen, dass sich die soziale Ungleichheit zwischen Kindern aus sozio-ökonomisch unterschiedlich aufgestellten Elternhäusern verstärken würde. Und es war abzusehen, dass wir mit den uns vorliegenden Daten keine sauberen Analysen würden erstellen können, welche Maßnahmen für wen, wann und wie wirken würden.



Prof. Dr. h. c. Jutta Allmendinger, Ph.D., ist Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

≡ Anja Besand, Erziehungswissenschaften

Aus Perspektive der politischen Bildung war es im Kontext der Pandemie interessant zu beobachten, wie sich die Einhaltung von Regeln (Masken tragen/keine Masken tragen) etabliert und auch wieder gelöst hat. Über die Einhaltung sozialer Regeln sprechen wir in der politischen Bildung nicht gerne – schließlich geht es uns um kritische Urteilskraft und nicht um politische Gehorsamkeit. Hier ergeben sich durchaus neue Fragestellungen, die in der Zukunft aufmerksamer in den Blick genommen werden müssen. Gleichzeitig geht es aber auch um Fragen der Partizipation in Krisenzeiten. Denn die Pandemie hat auf schockierende Weise sichtbar gemacht, wie instabil und fragil Partizipations- und Anhörungsrechte zum Beispiel von

jungen Menschen sind – kaum wird es ein bisschen turbulent, geraten diese völlig aus dem Blick.



Prof. Dr. Anja Besand ist seit 2009 Inhaberin der Professur für Didaktik der politischen Bildung an der Technischen Universität Dresden und seit 2020 Direktorin der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der schulischen wie außerschulischen Politischen Bildung.

≡ Thomas Grundmann, Philosophie

Gerade in Krisensituationen wie der Corona-Pandemie dürfen politische Entscheidungen den Boden wissenschaftlicher Tatsachen nicht verlassen. Doch woran können Laien erkennen, was wissenschaftliche Tatsachen sind – zum Beispiel über die tatsächliche Sterblichkeit Infizierter oder bevorstehende Ansteckungswellen? Der beste verfügbare Indikator ist die qualifizierte Mehrheitsmeinung einschlägiger Spezialist:innen – die es auch zu Corona gab, trotz abweichender Einzelmeinungen. Wissenschaftliche Mehrheitsmeinungen sind aber für Laien nicht immer leicht zu erkennen, auch weil falsche Expert:innen sich bewusst in den Vordergrund drängen. Gleichzeitig versuchen Verschwörungstheoretiker:innen und sogar manche Politiker:innen, die ganze Aufmerksamkeit auf ihnen passende Mindermeinungen zu lenken. Die Medien betonen diese aus Sensationslust oder weil sie unparteilich sein wollen. Das Erkenntnisproblem kann meines Erachtens nur gelöst werden, indem Wissenschaften und Medien gemeinsam daran arbeiten, den wissenschaftlichen Konsens öffentlich deutlicher sichtbar zu machen.



Prof. Dr. Thomas Grundmann ist Professor für Erkenntnistheorie, Wissenschaftstheorie und Logik am Philosophischen Seminar der Universität zu Köln; derzeit arbeitet er an einem Buch über die Autorität der Experten.

≡ Anna Neumaier, Religionswissenschaft

Ich würde noch nicht von Erkenntnissen sprechen, dazu sind wir noch zu sehr im Forschungsprozess. Aber um mal zu skizzieren, was in meinem Feld – der Forschung zu Religion und digitalen Medien – heraussticht: Viele Religionsgemeinschaften, darunter auch die großen Kirchen, haben sich jahrzehntelang schwergetan mit der Digitalisierung ihrer Formate, auch mit der Präsenz ihrer Themen, Personen und Organisationen in den sozialen Medien. Es gab wenige Leuchtturmprojekte, nur vereinzelt systematische Anstrengungen. Angesichts der Kontaktbeschränkungen kurz vor Ostern 2020 sind

diese Religionsgemeinschaften gewissermaßen Hals über Kopf in eine maximale Auseinandersetzung mit Digitalität geschmissen worden. Es ist hochspannend zu beobachten, was sich da dann tat: in welchem Maße und in welchen Formen religiöse Inhalte digital gingen, welche Aushandlungen und Neubestimmungen dafür nötig waren und sind, wo Innovationen gewagt werden.



Prof. Dr. Anna Neumaier ist Professorin für Religionswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Sie forscht und lehrt zu gegenwärtigen Transformationen von Religion und Religiosität in Deutschland, und insbesondere zu religiöser Kommunikation in digitalen Medien.

≡ Paul Nolte, Zeitgeschichte

Aus historischer Perspektive wird man das erst später sicherer bestimmen können. Aber von heute aus: Bemerkenswert und auch überraschend ist das Ausmaß, in dem individuelle und kollektive »Gesundheit« ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken konnte. Auch: das Ausmaß, in dem freie Gesellschaften eine umfassende Zäsur in ihren Operationsweisen vollzogen haben; der Begriff »Lockdown« beschreibt das nur unzureichend. Das ist, außerhalb von Kriegszeiten (ja, dieser Vergleich erscheint mir sinnvoll!), historisch singulär, ebenso wie die Totalisierung der medialen Aufmerksamkeit: Über Monate hinweg betrafen mindestens sechs von zehn Meldungen in der *tagesschau*-App die Corona-Pandemie. Für die Spanische Grippe vor hundert Jahren galt das Gegenteil. Corona ist aus historisch-kulturwissenschaftlicher Sicht vor allem als Diskursphänomen spannend. Vielleicht passt das, unabhängig von dem Virus, zu einem allgemeinen Trend des frühen 21. Jahrhunderts. Die zunehmende Diskursivierung sozialer Konflikte prägt auch andere Arenen (Identitätspolitik, Antisemitismus und so fort).



Prof. Dr. Paul Nolte lehrt Neuere Geschichte mit Schwerpunkt Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin. Er ist Hauptherausgeber von *Geschichte und Gesellschaft*.

≡ Henrique Ricardo Otten, Verwaltungswissenschaften

Besonders relevant ist der große Nachholbedarf in puncto Digitalisierung und auch der entsprechenden Ausstattung in der öffentlichen Verwaltung; das ist freilich nicht neu, aber das Ausmaß zeigte sich doch überdeutlich. Erstaunlich war allerdings die Vielzahl der Abstimmungsprobleme in der

öffentlichen Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Dass die öffentliche Kommunikation staatlicher Akteure in Krisenzeiten konsistent gestaltet werden muss und hier speziell die Organisation öffentlicher Gesundheitskommunikation zu überprüfen ist, gehört zu den zentralen Einsichten, die sich aus der Perspektive der öffentlichen Verwaltung aus der Pandemie gewinnen lassen.



Prof. Dr. Henrique Ricardo Otten ist Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW) und Sprecher des Instituts für Personal und Management – Forschungszentrum für Verwaltungsforschung an der HSPV NRW.

☰ Sophie Schönberger, Rechtswissenschaften

Am relevantesten für die Rechtswissenschaft war aus meiner Sicht die Intensität der Auseinandersetzung, mit der über sehr grundlegende Dinge gestritten wurde – sowohl im Hinblick auf die Freiheitseinschränkungen als auch mit Blick auf das institutionelle Setting, in dem sie vorgenommen wurden. Am Ende hat sich das verfassungsrechtliche System im Großen und Ganzen in der Krise bewährt, auch wenn man hier meiner Meinung nach noch einiges nachträglich aufarbeiten müsste – insbesondere die Fragen der Kompetenzverteilung zwischen Parlament und Exekutive einerseits und Bund sowie Ländern andererseits. Am meisten überrascht hat mich, wie groß die Unsicherheiten gerade im föderalen Gefüge zum Teil waren.



Prof. Dr. Sophie Schönberger ist Inhaberin des Lehrstuhls Öffentliches Recht, Kunst- und Kulturrecht an der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf und Co-Direktorin des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF).

☰ Hans-Jörg Sigwart, Politische Theorie

Aus demokratietheoretischer Perspektive hat die Corona-Pandemie Hinweise zu der Frage geliefert, unter welchen Bedingungen politische Strukturen und Prozesse auch unter dem Druck von fundamentalen Krisen- und Ausnahme-situationen weiterhin im Sinne demokratischer Standards funktionieren können beziehungsweise an welchen Stellen Demokratien im »Ausnahmestand« anfällig sind. Neben dem Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Parlament und dem politischen Umgang mit unterschiedlichen Formen des öffentlichen Protests hat sich meines Erachtens vor allem die Art und Weise, wie sich die öffentliche Debatte in einer solchen Krisensituation (und unter den



Bedingungen digitalisierter öffentlicher Kommunikation) entwickelt, als zentrale Frage erwiesen. Das Ausmaß der teilweisen Verhärtung, Polarisierung und Polemisierung der öffentlichen Debatte war vielleicht nicht wirklich überraschend, aber sehr bemerkenswert und demokratietheoretisch bedenklich.



Prof. Dr. Hans-Jörg Sigwart ist Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen University. Er forscht unter anderem zur politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, zur Theorie politischer Wissensformen und zur zeitgenössischen Demokratietheorie.

≡ Rolf van Dick, Sozialpsychologie

In unseren eigenen Studien haben wir immer wieder gefunden, dass sich die große Mehrheit unserer Befragten in mehreren repräsentativen Stichproben an die Regeln gehalten und sich während der letzten zwei Jahre sehr bemüht hat, die Empfehlungen aus Wissenschaft und Politik umzusetzen. 85–90 Prozent gaben an, Abstände einzuhalten, Maske zu tragen usw. In der medialen Berichterstattung richtete sich der Fokus aber sehr häufig auf die zahlenmäßig eher kleinen Gruppen, die gegen die Coronaverordnungen protestiert oder

die die Regeln verletzt haben, so wie die Jugendlichen, die auf dem Frankfurter Opernplatz ausschweifend gefeiert haben. Weiterhin haben wir immer wieder gefunden, dass das Gefühl »dazuzugehören« und sich zu identifizieren, zum Beispiel mit der Familie, der Nachbarschaft oder mit seinem Land, zu einer besseren Einhaltung der Regeln führte und auch zu einer besseren Verarbeitung der schwierigen Situation, das heißt zu weniger Stress.



Prof. Dr. Rolf van Dick ist Professor für Sozialpsychologie an der Goethe-Universität Frankfurt, wo er unter anderem auch als Vizepräsident tätig war. Er ist Fellow der International Association of Applied Psychology und beschäftigt sich mit Prozessen sozialer Identität in Organisationen.

≡ Elmar Wiesendahl, Parteienforschung

Aus Parteienforschersicht bestätigte sich das Phänomen, dass Parteien bei politischen Entscheidungsnotständen als kollektive Politikformulierungs- und Entscheidungsakteure von den dominierenden Exekutivspitzen sowohl als außerparlamentarische als auch parlamentarische Mitspieler marginalisiert werden. Die Ausbootung der Parteien ging so weit, dass sie nicht einmal als Vermittlungs- und Mobilisierungsinstanzen von öffentlicher Unterstützung für die Umsetzung der Exekutiventscheidungen herangezogen wurden.

Zu fragen ist, warum bei den mehrmaligen mühseligen Verhandlungen zwischen den Spitzen der Landesregierungen mit der Kanzlerin trotz der Aufgliederung nach A- und B-Ländern so gut wie keine auf gemeinsamer Parteizugehörigkeit fußende Lagerbildung entstand.



Prof. Dr. Elmar Wiesendahl ist promovierter Soziologe und habilitierter Politikwissenschaftler. Er lehrte Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München und war bis Ende 2021 Mitgesellschafter und Geschäftsführer der Agentur für Politische Strategie (APOS) in Hamburg. Er forscht und publiziert vor allem über Parteien und politische Strategiefragen.